

Urabstimmung über die AHV

SP-Parteivorstand kämpft sich durch den Dschungel der Parolen

Eine Urabstimmung der sozialdemokratischen Parteimitglieder soll im März 1995 darüber entscheiden, ob die Partei sich für oder gegen das Referendum zur 10. AHV-Revision engagiert. Die am Samstag vom SP-Parteivorstand beschlossene Befragung der Basis soll das Dilemma lösen, dass der Gewerkschaftsbund das Referendum unterstützt, während der SP-Vorstand dieses am 8. Oktober ablehnte.

■ VON WILLY SCHENK, BERN

Keine Chance hatte am Samstag in Bern ein Antrag, auf den Entscheid vom 8. Oktober zurückzukommen. Aber auch die Urabstimmung wurde von mehreren Vorstandsmitgliedern bekämpft. Nationalrat Peter Vollmer meinte, alle Parteimitglieder seien für die Errungenschaften der 10. AHV-Revision, aber gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Welche Wege man angesichts dieses Dilemmas beschreite, sei eine rein taktische Frage. Den Ausschlag zugunsten der Urabstimmung gab Parteipräsident Peter Bodenmann, der damit die Bruchstelle in der Partei und im Verhältnis zu den Gewerkschaften bereinigen möchte.

Wie Parteisekretär André Daguét ausführte, müssen für die Urabstimmung gegen 42 000 Adressen angeschrieben werden. Die Übung dürfte nach seiner Schätzung etwa 55 000 Franken kosten. Der Parteipräsident sieht in der Urabstimmung, wie sie zum letzten Mal 1921 angewendet wurde, einen Vorgang, der zu einer modernen Partei gehört. Die Befragung der Basis, meinte er am Samstag, könnte in Zukunft zur Regel werden.

Bitte, keine Verwirrung!

Eine Mehrheit des Vorstandes lehnte es ab, bei der Urabstimmung noch die Frage

beizufügen, ob die Partei die Erhöhung des Rentenalters für Frauen bekämpfen sollte. Die Antwort sei ohnehin klar, hiess es. Und: Eine zweite Frage würde verwirren. Wie verwirrt die Situation tatsächlich ist, zeigte die Diskussion über die Haltung zu drei bereits lancierten Initiativen in Sachen Rentenalter.

Keine Gnade fand die von den Grünen lancierte Doppel-Initiative, welche die volle Rente ab 62 mit einer Energiesteuer finanzieren will. Nach etlichen Diskussionen lehnte der Vorstand auch die Unterstützung der vom Kaufmännischen Verein (KV) und von den Angestelltenverbänden lancierten Initiative für eine Ruhestandsrente ab. An ihr wurde kritisiert, sie beziehe sich bereits auf die 11. AHV-Revision. Zudem habe der KV dabei die Idee aus der gemeinsam von SP und Gewerkschaften lancierten Initiative für den Ausbau der AHV/IV gestohlen. Vasco Pedrina vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund erklärte, wenn man die KV-Initiative unterstützen würde, wäre das eine «Liebesbeziehung mit zwei Partnern».

Keine Seitensprünge

Der SP-Vorstand verzichtete auf Seitensprünge: Er will bloss die Initiative des Gewerkschaftsbundes unterstützen. Diese fordert eine Übergangsbestimmung, wonach die 10. AHV-Revision –

unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung – ohne die Erhöhung des Rentenalters für Frauen in Kraft treten müsse. Die Unterstützung des Christlichen und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist auch unabhängig vom Ausgang der Urabstimmung: Die Initiative gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen bleibt nämlich bei Annahme und bei Ablehnung der 10. AHV-Revision aktuell.



SP-Parteichef Bodenmann will die Parteien noch vor den Wahlen zu einem Europa-Bekenntnis zwingen.

BILD KEY